



Wertvoller Abonnementssatz, in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Postz. 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Zeitung 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Erscheint: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 562. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 30. November 1878.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

8. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 29. November.
1 Uhr. Am Ministerial-Cabinet zu Culenburg mit mehreren Commissarien. Eingegangen sind vom Finanzminister eine Nachweisung über die Resultate der anderen wichtigen Verpflichtung der Domänenverwaltung, vom Cultusminister eine Nachweisung über die eingestellten Leistungen für die katholische Kirche, und vom Vicepräsidenten des Staatsministeriums eine Uebersicht der von der Staatsregierung auf Anträge und Resolutionen des Hauses in der vorigen Session gefassten Entschlüsse.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Reorganisation der Stifter Mersburg, Naumburg und Zeitz.

Abg. Ebert: Bereits 1865 beantragte ich über die Revenuen der Domänen-Abrechnung zu legen; 1877 wurde eine Vorlage gemacht und kommunal vorberathen, ohne daß die Commissionsbeschlüsse in der gegenwärtigen Vorlage Berücksichtigung gefunden hätten. Nach diesen Beschlüssen sollten die Einkünfte der Stifter „in erhöhter Menge“ der Kirche und Schule dienstbar gemacht werden; die Vorlage läßt diesen Zusatz fort, und schreibt sogar vor, daß in Mersburg und in Naumburg-Zeitz je drei Stellen bestehen sollen, während augenscheinlich nur vier Stellen bestehen. Das gegenwärtige Gesetz ist also eigentlich eine Reintegration der Stifter, keine Reorganisation. Ein Bedürfnis zum Fortbestehen der Stifter ist absolut nicht vorhanden. Durch den Reichsdeputationshauptschluss sind die Capitale klarisiert zu Zwecken der Kirche und Schule, sowie zur Verbesserung der Finanzen; ihre Revenuen müßten also nach der jetzigen Finanzlage eingezoogen werden. Den Capiteln steht ein Recht auf das Vermögen nicht zu; die Capitulare haben keine officia mehr, also können sie auch keine beneficia beanspruchen. Wenn nach dem Vorschlag der Commission das Präsentationsrecht der Stifter für das Herrenhaus erlaubt sollte, so beruhte dieser Beschluß darauf, daß bei dem Zusammenschmelzen der Stifter von einer Präsentation aus ihrem Collegium nicht mehr die Rechte sein kann. Eine Verfaßungsänderung liegt darin nicht. Da die Beschlüsse der Commission eine Berücksichtigung gefunden haben, so bitte ich, den Entwurf an eine Commission von 14 Mitgliedern zu verweisen.

Das Haus tritt diesem Antrage bei, wie es auch den Gesetzentwurf, betreffend die hessische Brandversicherungs-Anstalt in Kassel auf Antrag des Abg. Baumgard einer Commission von vierzehn Mitgliedern überweist und tritt in die zweite Berathung des Staatshaushaltsgesetzes für 1879/80 ein.

Der Staat der Lotterie-Verwaltung, die 89,500 M. kostet und einen Überbruch von 3,964,000 M. aufweist, wird genehmigt, nachdem Windhorst (Meppen) vertheidigt hat, daß er nur mit schwerem Herzen zustimme, weil er das ganze Institut der Lotterie für verwerthlich halte, auf einen zur Zeit aber ausichtslosen stärkeren Einspruch verzichtet.

Beim Staat der Seehandlung spricht Uhendorff den schon in früheren Jahren mehrfach geäußerten Wunsch aus, daß die Bromberger Mühlen, die auch im verlorenen Jahre mit Schaden gearbeitet haben, endlich verkauft oder wenigstens verpachtet werden mögen. Hierauf, wie auf eine Kritik der Verwaltung der Mühlen erwiedert der

Regierungs-Commissar Geb. Rats Pahl: Die Angelegenheit der Bromberger Mühlen befindet sich noch auf denselben Standpunkte wie in früheren Jahren. Eine Veräußerung ist jetzt nicht möglich. Wenn ein so großes Industrielles Etablissement mit Verlust arbeitet, dann findet sich kein Kauflebhaber. Selbst wenn wir verkaufen könnten, würden wir aus fisclichen Gründen doch den Verkauf nicht realisieren, weil die Wasserverhältnisse hier eine wesentliche Rolle spielen. In Bromberg ist der Knotenpunkt für die große Wasserstraße von der Weichsel nach der Oder und nach Berlin, welche durch den Bromberger Kanal und durch verschiedene andere Canäle und einzelne Gewässer geht und der Handelsminister legt das größte Gewicht darauf, die Wasserkraft nicht aus den Händen zu geben, damit der Staat die Regulirung der Brüche, der Weichsel und der Canäle ganz in der Hand hat. Sollte sich ein Käufer finden, so würde das auch seine Nebelstände haben. Ich kann deshalb gar keine Aussicht eröffnen, daß ein Versuch gemacht würde, das Bromberger Etablissement zu versteigern. Der Vorredner hat anerkannt, daß die Vorräthe sich vermindert haben. Bezüglich der Vorräthe eine Verfügung zu treffen, lag bisher keine Veranlassung vor. Die Lage ist jetzt aber völlig verändert. Es ist eine erhebliche Erhöhung der Verstände eingetreten und zwar waren Ende 1876 — 42,000 Cr., später 26,000 Cr. und augenscheinlich in der Beftand noch geringer. Diese hatte eine wesentliche Verminderung des Geschäftsumfangs zur Folge, da der Absatz der Bromberger Mühlen in diesem letzten Jahre um 50,000 Cr. geringer gewesen ist. Darum haben die Verstände weder an Getreide noch an Fabrikat die alte Höhe und es freut mich, daß der Herr Vorredner seinen Wunsch nach geringeren Verständen erfüllt sieht.

Die Rentabilität der Mühlen ist allerdings sehr gering, ich bedauere aber,

dass wir keinen Maßstab haben, um das Verhältnis derselben zur Rentabilität anderer Mühlen festzustellen. Trotz der größten Anstrengungen ist es mir nicht gelungen, von den Mühlen selbst oder auf Privatwegen die hierzu nötigen Nachrichten zu erhalten. Ich schrieb an die Mühlen in Bromberg, ob sie nicht wählen, wie das Ergebnis sich stellte und ob sie mit nicht die Namen und Resultate einiger Parallelmühlen angeben könnten. Man erwiderte mir, das könne man nicht, kein Müller publicire die Resultate seines Geschäfts, und man könne weder die Dividenden erfahren, noch ob mit Verlust gearbeitet werde. Es ist also sehr schwer, ein Urtheil darüber zu gewinnen, ob die Bromberger Mühlen mit Umsicht geleitet werden oder nicht. Nun ist allerdings ein Verlust eingetreten, ich möchte aber wissen, ob die wenigen Mühlen bessere Geschäfte machen. Die Kosten für die Bauten sind in dem Berichte mitgetheilt und dabei ist mit grösster Sparsamkeit verfahren worden. Ein Theil derselben beruht auf neuen Anlagen, ein anderer auf baulichen Herstellungen, namentlich sind viele nothwendige Gerinne und Wasselanlagen gemacht. Die Arbeiterzahl ist als zu hoch normirt worden; ich bin darüber augenscheinlich nicht informirt, werde aber Veranlassung nehmend, Nachforschungen anzustellen, ob eine Beschrankung der Arbeiterzahl möglich ist.

Abg. Liebrecht (Mühlenbesitzer): Man hat in früheren Jahren immer auf neue Einrichtungen hingewiesen, nach deren Einführung sich die Mühlen besser rentieren würden. Sie sind eingeführt, aber ohne den gehofften Erfolg. In den schlechten Resultaten in Bromberg ist nicht bloss der allgemeine Niedergang der Geschäfte, sondern auch die zu grosse Zahl der Arbeiter Schuld. Wenn ich in meiner Mühle so viele Arbeiter beschäftigen wollte, könnte ich nicht mehr vor Ihnen; sie hätten mich längst verzebelt. (Heiterkeit.) Im Übrigen wird eine Neugestaltung der Wassergesetze der Möglichkeit verhinderlich sein.

Abg. Windhorst (Meppen): Die Mühlen müssen bei der ersten passiven Gelegenheit veräußert, und wenn sich eine solche nicht bietet, verpachtet werden. Ebenso notwendig ist die Auflösung der Seehandlung überhaupt, weil das Betreiben von Bantgeschäften nicht Sache des Staates ist. Vor der Einbringung eines desfallsigen Antrages stehe ich ab, weil ich fürchte,

Abg. Bruns bedauert, daß der Verkauf bisher noch nicht stattgefunden hat, ihn nicht für unmöglich, da ein Privatmann mit diesen Mühlen

Abg. Richter (Hagen): Die Zeit ist jetzt gekommen, um mit der Aufstellung der Seehandlung vorzugehen; nachdem die großen Geschäfte, welche

ein Theil mit der französischen Kriegscontribution zusammenhängen, abgesetzt sind, steht dem nichts mehr entgegen. Bei diesem Institut könnte man leben, wie gering sich derartige staatliche Institute rentieren. Ob jetzt die Majorität für einen Antrag zu gewinnen ist, weiß ich nicht; aber die

Abg. Richter (Hagen): welche schon vor zwei Jahren einen solchen Antrag gestellt, konnte ihn ja jetzt wieder einbringen.

Abg. Raths Pahl: Ich bin eigentlich erstaunt, in diesem Jahre den Antrag auf Aufstellung der Seehandlung wieder erhoben zu sehen. Ich halte ihn nicht in der Seehandlung ein wirklich nutzbringendes und

den Staat förderndes Institut erblicken werde. Ich halte die Aufsicht

bung derselben sowohl in finanzieller wie in wirtschaftlicher und administrativer Beziehung für einen schweren Mißgriff. Denn in den 30 Jahren, seit 1848, wo die Seehandlung unter dem Finanzminister steht und der Director nicht mehr dem Cabinet allein verantwortlich ist, hat sie nach Abzug von 4 pCt. Zinsen einen Reinertrag von 36 Millionen Mark oder eine Jahresrente von 1,200,000 Mark ergeben, auf welche Verzicht zu leisten unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht angezeigt ist. In den letzten zehn Jahren hat die Seehandlung einen durchschnittlichen Reinertrag von 1,657,000 Mark gehabt. Capitalisiert man diese jährliche Rente zum 25fachen Betrage, dann würde sich der Bankwert der Seehandlung auf 41,440,000 Mark stellen. Ein solches Capital ohne Weiteres aus dem Fenster zu werfen, halte ich selbst bei der Solidität der preußischen Finanzen nicht für angezeigt. Abgesehen von der wirtschaftlichen Rücksicht und den grossen Diensten, welche die Seehandlung dem Minister leistet, ist zu bedenken, daß die Einnahmen der Seehandlung von Niemandem schmerlich empfunden werden, wie dies namentlich bei den Steuern der Fall ist. Ich kann deshalb gar nicht empfehlen, daß irgend ein Beschluß gegen die Seehandlung gesetzt werde.

Abg. v. Benda: Die Gründe für und wider die Auflösung lassen sich noch vielfach vermehren, mit allgemeinen Ausführungen wird nichts erreicht; mögen die, welche die Auflösung wollen, einen Antrag einbringen.

Abg. Richter (Hagen): Es ist Sitte des Hauses, wenn eine Partei auf einen Missstand hingewiesen habe, ihr auch bezüglich des Antrages den Vortritt zu lassen. Eine Initiative Seitens der Conservativen würde jedenfalls bei der Regierung eine freundlichere Aufnahme finden, als die einer Partei, die man so gern als eine rein negative bezeichnete. Das in der Seehandlung steckende Capital rentire sich höchstens mit 4½ Prozent. Die Hauptfache sei aber, daß die Seehandlung ein ganz verfassungswidriges, unconstitutionelles Institut sei, welches ohne Controle des Landtags Anleihen abschließe und mit dem Geldbewilligungsrath des Hauses völlig im Widerspruch stehe.

Abg. v. Limburg-Stirum: Man darf aus dem Antrage eines einzelnen Mitgliedes nicht schließen, daß meine politischen Freunde im Großen und Ganzen für die Auflösung der Seehandlung sind; im Gegenteil wollen wir der Regierung ein Institut erhalten, welches ihr bei finanziellen Unternehmungen nützlich ist.

Abg. Nasse: Der Antrag, den der Abg. v. Kardorff vor mehreren Jahren gestellt hat, ist deswegen eingebrochen worden, weil die Seehandlung an einigen Gründen und anderen Geschäftes Theil genommen hatte, welche ihr nicht zustanden. Uebrigens hat der Abg. Richter damals gegen den Antrag gestimmt. Inzwischen sind die Geschäfte der Seehandlung wieder anderer Natur geworden und es liegt kein Grund vor, den Antrag zu wiederholen. Auch in jetzt nicht die Zeit, die Einnahmenquellen des Staates ohne Not zu schmälern. Uebrigens mögen Diejenigen, welche die Sache angeregt haben, einen Antrag stellen.

Abg. Richter (Hagen) erwidert, daß er gegen den Antrag Kardorff nur deswegen gestimmt habe, weil die Seehandlung damals gerade mit der Abwidmung der aus der Kriegs-Contribution ressortierenden Geschäfte befaßt war.

Abg. Windhorst (Meppen): Gewiß haben diejenigen, welche eine Maßregel eingehen in erster Reihe die Verpflichtung sie zu beantragen. Aber nach der diplomatischen Erklärung, welche heute von der diplomatischen Fraction abgegeben worden ist, hätten wir wenig Aussicht auf Erfolg. Warum sich eine Niederlage zu ziehen? — Damit ist diese Verhandlung erledigt.

Der Staat der Seehandlung, sowie die Staats der Münzverwaltung und des Gesetzmäßigungs-Amtes werden genehmigt.

Schluss gegen 3 Uhr. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Gesetzentwurf, betreffend die Bildung des Wajergenossenschaften und Errichtung von Landeskurst-Rentenbauten, betreffend die Abänderung der Zuständigkeiten der Minister und der Staat des landwirtschaftlichen Ministeriums und der Gesetzverwaltung.)

Berlin, 29. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Geheimen Sanitätsrat Dr. Gustorf zu Berlin und dem Major v. Hertog zu Köpenick im Kreise Steinau den Roten Adlerorden vierter Klasse, dem Schultheiß Mankowksi zu Lannsee im Kreise Marienburg W.-Pr. den Allgemeinen Ehrenzeichen, sowie dem Rentner Wilhelm Weber zu Bonn die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König hat im Namen des Reiches den Herrn Otto Pabst in Cordoba (Argentina) zum Vice-Consul für die Provinz Cordoba ernannt.

Se. Majestät der König hat dem Lieutenant a. D. von Wiedebach und Noitzs-Jäkendorf auf Arnsdorf im Kreise Görlitz die Kammerjunker-Würde verliehen.

Se. Majestät der König hat die von der Akademie der Wissenschaften in Berlin getroffene Wahl des ordentlichen Professors Dr. Ritsch daselbst zum ordentlichen Mitglied der Akademie bestätigt. (R.-A.)

[Militär-Wochenblatt.] Hagemeyer gen. v. Niebelshüs, Hauptmann à la suite des Niederschl. Feld-Artillerie-Regiments Nr. 5, dem Regiment aggregirt. v. Pfaff, Königl. württemberg. Major vom Generalstab, von dem Commando zur Dienstleitung bei dem großen Generalstab entbunden. Kindlerling, Contreadmiral, zum Chef der Marinestation der Ostsee ernannt. v. Körber, Oberst u. Commdr. des 1. Garde-Feld-Art.-Regts. unter Stellung à la suite dieses Regts. mit der Führung der Garde-Feld-Art.-Brig. beauftragt. v. Knobeldorf-Brentenhoff, Oberst u. Commdr. des Pojen-Ulan.-Regts. Nr. 10, unter Stellung à la suite dieses Regts. zum Commdr. des 10. Garv.-Brig., Jfr. v. Richter, Major von der Armee, zum Commdr. des Pojen-Ulan.-Regts. Nr. 10, ernannt. v. Gohausen, Oberst a. D., zuletzt agr. dem Stabe des Ing.-Corps, mit der Erlaubnis zum ferneren Tragen der Unif. des Ing.-Corps, zur Disp. gestellt. Przewinski, Capitän zur See, beauftragt mit Wahrnehm. der Geschäfte als Commdant von Friedrichsort, unter Belast. in dieser Function, zum Art.-Offiz. vom Platz, sowie zum Vorstand des Art.-Depots derselbst, v. Hippel, v. Reiche, v. Rydbusch, v. Roppe, Corvetten-Capitän, zu Abtheil.-Führern bei der 1. Matrosendivision, v. Andequist, Schulze, v. Pawelsz, Corvetten-Capitän, Thüden, Capitänleut., zu Abtheil.-Führern bei der 2. Matrosendivision, Stempel, Corvetten-Capitän, Cochus, Capitänlt., zu Abtheil.-Führern bei der 1. Werftdivision, Valois, Corvetten-Capitän, Frhr. v. Nöding, Capitänlt. zu Abtheilungs-Führern bei der 2. Werftdivision, ernannt. v. Treuenfeld, Corvetten-Capitän, von dem Commando als Abth.-Führer bei der 2. Werftdivision entbunden. v. Zillow, Unter-Lts. z. See, zum Capitän z. See befördert. Edhardt, Walther, Heinrich XXVI. Prinz Reuß, Schönfelder, Emsmann, Janss, Rueb, Ingenohl, v. Möller, Weyer, Mandt, v. Colomb, Sonntag, Sucro, Sommerwerd, Faute, Unter-Lts. z. See, ein vom 19. Dec. 1877 datirtes Patent ihrer Charge verliehen. Kittsteiner, Baude, Jacobson, Baron v. Schimmelmann, v. Bustau, Merten, Brigg, Bredow, Geßling, Schwarzkopf, Krause, Rohr, v. Levezow, Deubel, Wilde, v. Klein, Engel, Graf v. Ludwigs, Secadetten, unter Vorbehalt ihrer Paten-tirung, zu Unter-Lts. z. See, von Bronikowski-Oppeln, Cadet, zum Secadetten befördert. Meissel, Sec-Cadet, zur Reserve der Marine entlassen. Hahn, Freytag, Hildebrandt, Feiland, Vice-Cadetten, zu Unter-Lts. zur See der Reserve des See-Offizier-Corps befördert. Vorhauer, Unter-Lts. zur See der Reserve des See-Offizier-Corps, der Abschied ertheilt. Hassenmann und Fritzsche; aber auf der zweiten Liste der Auszuweisenden, welche für die nächsten Tage zur Vollziehung gelangen soll, stehen weitere 40 bis 60 Socialdemokraten, während die dritte Categorie der Proscribenten dieser Partei sich auf etwa 200 beläuft. Was die beiden ausgewiesenen Abgeordneten anbelangt, so wurde im privaten Gespräch der Abgeordneten die Frage erhoben, ob dieselben während der Reichstagssession nach Berlin zurückkehren dürften. Von mehreren Juristen des Hauses wurde die Doctorfrage theils bejaht, theils verneint beantwortet. Auf die Gründe hier zurückzukommen, würde zu weit führen. Jedenfalls wird die Einbringung eines Reclamationsantrages im Reichstage nicht ausbleiben und diesem vielleicht eine Beschwerde der Betroffenen an die

sich von offiziöser Seite, daß die Regierung diese Maßregel nicht ohne sehr gewichtige Gründe getroffen haben kann, bedarf kaum der Sicherung; die Regierung muß die Überzeugung gewonnen haben, daß die Agitation, welche durch das Verbot der sozialdemokratischen Versammlungen und Zeitungen zunächst nur von der Oberfläche verdrängt worden, jetzt den Versuch macht, sich im Geheimen zu organisieren und daß diese Versuche bereits eine bedrohliche Bedeutung gewonnen haben. Es ist unzweifelhaft, daß geheime Vereinigungen engerer Kreise, welche durch Vertrauensmänner mit einander in Verbindung stehen und einer bestimmten Parole der bekannten Führer folgen, in der Art der alten Massenlösungen Verbindungen über den Boden des Staates, namentlich aber über die Hauptstadt verbreitet werden und es gibt bestimmte Anzeichen dafür, daß die heisige Agitation mit der internationalen Leitung in enger Verbindung steht. Angesichts dieser Thatsachen ist es Pflicht der Regierung, die Waffen, welche ihr zum Schutz der Gesellschaft gegeben werden sind, zu gebrauchen, ehe es zu spät ist, und namentlich das Nez der internationalen Agitation, welches entschiedenen Anzeichen zufolge Berlin zu einem seiner Hauptmittelpunkte gemacht hat, hier zu zerreißen. Die nächsten Tage dürften schon Nachrichten über das Vorgehen auf Grund der Verordnung bringen. Die Regierung handelt auf Grund des Socialfengesetzes zunächst unter ihrer Verantwortung und vorbehaltlich der Rechenschaftlegung vor dem Reichstag. — Der Stellvertreter des Reichskanzlers hat dem Bundesrat einen Bericht mitgetheilt, welchen der Präsident des Reichsgerichts als Vorsitzender der Commission zur Ausarbeitung des Entwurfs eines deutschen bürgerlichen Gesetzbuches über die gegenwärtige Lage der Commissionsarbeiten erstattet hat. — Der Kaiser hat auf den Antrag des Evangelischen Ober-Kirchenrates genehmigt, daß zur Feier seiner Wiedergeburt an dem der Ankunft des Kaisers in Berlin folgenden Sonntag in den evangelischen Kirchen ein Dankgottesdienst abgehalten werde. — Der Ober-Confessorial-Rath Schmidt, der älteste Justiziar des Ev. Ober-Kirchenrats, ist zum weltlichen Stellvertreter des Präsidenten dieser Behörde ernannt worden. — Der Bericht über Preußens landwirtschaftliche Verwaltung in den Jahren 1875—1877, welchen der Minister Friedenthal an den König erstattet hat und der nunmehr im Druck erschienen, ist nicht nur ein Referat über die Entwicklung dieser drei Jahre, sondern zugleich ein umfassendes Werk über die gesamte bisherige Gestaltung und den gegenwärtigen Stand der landwirtschaftlichen Verwaltung nach ihren drei Bestandtheilen. Die Einleitung legt dar, wie das landwirtschaftliche Ministerium sich mehr und mehr zum Träger derjenigen Interessen entwickelt hat, die sich an die Ausübung der staatlichen Hoheitsrechte auf dem Gebiet der Boden-Cultur im weitesten Sinne und an die volkswirtschaftliche Stellung der Boden-Production anknüpfen. Das Ministerium betrachtet als seine Aufgabe die Pflege der Landes-Cultur; der Bericht behandelt nun die Lösung dieser Aufgabe nach drei Gruppen: 1) diejenigen Geschäftszweige, bei welchen eine unmittelbare Einwirkung und eine wirklich verwaltende Tätigkeit der Beamten stattfindet; 2) diejenigen Geschäftszweige, wo die Einwirkung sich auf die staatliche Beauftragung beschränkt, und 3) die Aufgaben, welche die landwirtschaftliche Verwaltung ohne besondere Befugnisse als Pflegerin der Landes-Cultur-Interessen wahrgenommen hat. Wenn auf diesem letzten Arbeitsfeld der landwirtschaftlichen Verwaltung keine amtlichen Organe zur Verfügung stehen, so hat sie doch zahlreiche freiwillige Mitarbeiter in den landwirtschaftlichen Vereinen und dem Landes-Dekonomie-Collegium an der Spitze derselben. Das nach diesen drei Gruppen geführte Werk giebt über jeden einzelnen Zweig der Verwaltung eine eingehende historische und thatsächliche Darstellung und ist hierdurch von grundlegender Bedeutung für alle künftigen Arbeiten auf diesem Gebiete, eine Quelle zuverlässiger Aufführung über alle Theile der landwirtschaftlichen Verwaltung.

Berlin, 29. Novbr. [Die Abgeordneten über die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes.] Die außerordentlichen Maßregeln, welche die Staatsregierung mit der Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin, Potsdam und Umgegend in einem Augenblitc ergriffen hat, wo der Kaiser nach der Reichshauptstadt zurückzukehren im Begriffe ist, haben im Abgeordnetenhaus zu dem Wunsche geführt, dem Ministerium des Innern Gelegenheit zu geben, sich über die nächste Veranlassung zu diesem außergewöhnlichen Schritte auszusprechen. Ist doch von offiziöser Seite darauf hingedeutet worden, daß zwischen den letzten drei Untertanen und den Verschwörungen der Internationalen auf allen Punkten Europas, Deutschland mit einbezogen, sich ein rother Faden durchziehe, mit welchem die Einschmuggelung von Sprenggeschossen verbunden sei, wie die Polizei ermittelt haben willle. Dem entsprechend haben heut' schon unter verschiedenen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses Besprechungen über die Art

Necurinstanz vorzugehen. — In der nationalliberalen Fraction wurde eine Interpellation angemeldet, welche an die Partei die Frage richtet, was gegen jene Fraktionssmitglieder zu geschehen habe, die sich während der letzten Wahlen auf den entgegengesetzten Standpunkt der Partei und ihres Wahlprogramms stellten. Die Debatte über den Gegenstand wurde vorläufig vertagt.

[W. T. B.] Der Bundesrat hiel gestern eine Plenarsitzung unter Vorsitz des Präsidenten des Reichskanzleramtes, Staatsminister Hornemann. Nach Feststellung des Protocols der vorigen Sitzung wurde Beschluss gefasst über einen Antrag Preußens betreffend die Ausführung des Gesetzes vom 21. October d. J. Es wurde genehmigt, daß für Berlin und Umgegend die im § 28 des Gesetzes vorgesehenen Anordnungen für die Dauer eines Jahres getroffen werden dürfen. Gegen den Abschluß einer Nebenkunst mit Dänemark wegen gegenseitigen Markenschusses wurden Bedenken nicht erhoben. Der Vorsthende machte die Mittheilung, daß zufolge einer mit der königl. italienischen Regierung getroffenen Verständigung der Handelsvertrag und die Schiffsfrachtsconvention mit Italien bis Ende December 1879 in Kraft bleiben. Anträge des Ausschusses für Zoll- und Steuerwesen betreffend die Tarifierung von Schrauben in Verbindung mit Muttern von Messing von Patentwagenachsen, von Leibern, welche zur Conservirung mit einer chemischen Flüssigkeit benutzt sind, und über den Einfuhrzoll auf Croquetpièce wurde genehmigt. Auf mündlichen Bericht derselben Ausschusses über eine Petition wegen Abänderung der gepräglichen Bestimmungen über die subsidiärer Haftbarkeit der Brunneneinnehmer für Brunneneinsteuerstrafen wurde beschlossen, daß eine solche Gesetzesänderung nicht in Aussicht zu nehmen sei. Eine an den Bundesrat gerichtete Eingabe des Vororts des Verbandes sächsischer Gewerbe- und Handwerkervereine in Zittau, betreffend die Ausdehnung der Verpflichtung zur Führing von Arbeitsbüchern auf alle Altersklassen der Arbeiter, wurde dem Ausschuß für Handel und Verkehr überwiesen.

[Verfügungen auf Grund des Reichs-Gesetzes vom 21sten October 1878.] Zum Liquidator des vom 23. October 1878 landespolizeilich verbotenen Vereins für communale Angelegenheiten des Nordost-districts von Berlin ist der Polizeihauptmann v. Wolfsburg bestellt worden. Verboten wird die vom 18. November d. J. datirte Nr. 39 des II. Jahrgangs der periodischen Druckschrift „L'avant-garde, Organ Collectiviste et Anarchiste, herausgegeben in Chaux-de-Fonds (canton de Neuchâtel, Suisse)“. Für die in Gotha verbotene Gewerkschaft der Schuhmacher und verwandten Gewerbe sind die Herren Kaufmann Carl August Widenhagen und Kanzleibeamter Hugo Mälzer zu Liquidatoren behufs Abwicklung der Geschäfte jener Gewerkschaft bestellt worden.

Biesbaden, 29. Novbr. [Se. Majestät der Kaiser] nahm gestern bei dem Landgrafen von Hessen das Diner ein und besuchte Abends das Hoftheater. Heute beabsichtigt Se. Majestät einer Matinée dansans bei dem Regierungs-Präsidenten v. Burm beizuwunden.

München, 25. Nov. [Ultramontane Hoffnungen.] Es wurden an dieser Stelle schon mehrere Bemühungen der Ultramontanen registriert, die bisher auf Frankreich gerichteten Hoffnungen ihrer Partei auf Österreich zu lenken, wo früher oder später ein Regiment nach ihrem Sinne ans Ruder kommen werde; die Jörgschen „Histor.-polit. Blätter“ schlagen jetzt dieselbe Richtung ein, obgleich es noch nicht lange her ist, daß der Führer unserer Kammerpatrioten eine Annexion der deutschen Provinzen Österreichs an das Deutsche Reich befürwortete. In einem ersten Artikel über Österreich im letzten Jahrzehnt versichern die Jörgschen Hefte, daß ein neuer Wendepunkt im Staatsleben Österreichs bevorstehe, indem Graf Andrassy zum Falle reif sei und Graf Taaffe Aussicht habe, an die Leitung des cisleithanischen Ministeriums zu treten. Der aus Österreich datirte Artikel rechtfertigt die nach 1866 vom Grafen Beust eingeschlagene Politik der Revanche, welche ohne die Fehler, die Napoleon 1870 beging, mit sicherer Erfolge Österreich Nache für Sadowa gebracht haben würde. „Wäre es damals gelungen, einen Feuerkreis um Preußen und den Norddeutschen Bund zu schließen, so möchte alles Verlorene wieder gewonnen werden.“ Bei diesem Eingeständniß der oft abgelegneten Absicht Beusts, Preußen mit dem Norddeutschen Bunde zu isolieren und Süddeutschland für ein Zusammengehen mit Österreich zu Gunsten Frankreichs zu bestimmen oder zu nötigen, ersfährt die sich anders entscheidende bayerische Regierung die größtliche Behandlung; so heißt es z. B., als sich auch die Dii minorum gentium an Österreich heranwagten und es versuchten, der alten Monarchie Zuflüsse zu versperren, wie es in Hohenlohes geringshäufige Hinweisung auf den Schwächezustand Österreichs geschehen sei, habe Beust durch energische Noten wichtige Hiebe ausgeholt, und von Österreich wird gerühmt, als im Frühjahr 1867 die Militärallianz zwischen den süddeutschen Staaten und Preußen, deren Abschluß ebenfalls ausgelegt wird, bekannt gegeben wurden, habe Österreich die unangenehme Nachricht mit jenem Anstande hingenommen, welcher einer Großmacht gegenüber den Unarten der Kleinen ziemt. Gleichwohl behauptet der Artikel an einer andern Stelle über diese Unart des kleinen Baiern, daß die Veröffentlichung jener Verträge durch Preußen veranlaßt sei, welches sich über das wiedererwachende Ansehen Österreichs in Süddeutschland beunruhigt gefühlt habe, und bekannt ist, daß die Veröffentlichung geschah, um Frankreich und wohl auch dem sich ihm zunehmenden Österreich eine Warnung zu ertheilen. Aber der Verdruss über Baierns nationale Haltung will sich wenigstens eine Genugthuung bereiten, indem es von der Unart des kleinen Baiern spricht. Bezeichnend ist es jedenfalls, daß der Führer der bayerischen Kammerpatrioten einer solchen Sprache über sein engeres Vaterland Raum in der von ihm geleiteten Zeitschrift gewährt; er muß also auch wieder Hoffnung in den neu aufgehenden Stern Österreichs, als Repräsentanten der legitimen Monarchie und katholischer Traditionen, setzen.

Schweiz.

Zürich, 23. Nov. [Zur Asylfreiheit. — Münzunion. — Handelsvertrag mit Belgien. — Deutscher Fischereiverein. — Brotschau in Uri. — Die Schweizer Aerzte. — Bundesversammlung. — Zur Gotthard-Subvention. — Aus dem Aargau. — Zu den Wahlen in Genf. — Kirchliche Trauung in Zürich. — Abschaffung des Eides in Bern. — Kirchliches.] Der „Bund“ kann erklären, daß die Nachricht der Madrider „Correspondencia“, Europa wolle der Schweiz wegen ihrer vielen fremden Anarchisten zu Leibe gehen, vollkommen falsch ist. — Der Bundesrat hat sich von der lateinischen Münzunion losgesagt für den Fall, daß der neue sechsjährige Vertrag nicht zu Stande komme; er ist von der Nothwendigkeit der einheitlichen Goldwährung überzeugt. Derselbe hat auch den Handelsvertrag mit Belgien gekündigt, um für seinen neuen Zolltarif freie Hand zu haben. — Auf Wunsch der deutschen Gesellschaft wird Fürsorge getroffen, damit sich die Schweiz an der Ausstellung des deutschen Fischereivereins lebhaft beteilige. — Einige Bäcker in Uri, welche sich über die dortige Brotschau beschwerten, sind vom Bundesrat abgewunken worden; ihre Behauptung, dieselbe widerstreite der Handels- und Gewerbefreiheit, sei nicht stichhaltig. — Eine Beschwerde des leitenden Ausschusses für die Medicinalprüfungen darüber, daß in fremden Staaten Schweizer Aerzte die allergrößte Mühe haben, zur Praxis zugelassen zu werden, während fremde Aerzte ohne Weiteres in der Schweiz praktizieren dürfen, ist vom Bundesrat den Cantons-Regierungen zur Begutachtung mitgetheilt worden. — Mit dem 2ten December eröffnet die Bundesversammlung ihre Winterstzung; außer Erneuerung des Bundesrates und Feststellung des Budgets hat sie noch mancherlei Berg an der Kunkel. — Das waadtländische Haberfeldtreiben gegen den Bundesbeschluß über die Gotthardsubvention ist

von Erfolg gewesen; drei Abgeordnete haben 32,500 Unterschriften, denen sich wohl noch einige Tausend aus Graubünden anschließen, in die Bundesstadt gebracht. Es muß also wieder vom ganzen Volke abgestimmt werden. Keine Thierquälerei; Waadt wird stark allein bleiben. Der „Bund“ bemerkt mit Recht: „Die Tonangeber im Kanton Waadt haben mit ihrer leidenschaftlichen Bekämpfung des Gotthard-Compromisses eine schwere Gefahr für die gemeinsamen Interessen des schweizerischen Gesamt-Vaterlandes heraufbeschworen und durch ihre Sonderstellung in der internationalen Alpenbahnfrage die Solidarität der Schweiz nach außen in hohem Maße compromittirt.“ Der Cantonsrat von Zug hat mit schwacher Mehrheit beschlossen, seine Subvention von $\frac{1}{4}$ Mill., auf die erst 82,000 Fr. einbezahlt sind, einzustellen nicht fortzusetzen. Dagegen hat die Gemeinde Luzern ziemlich einmütig beschlossen, ihren Beitrag von 1,150,000 Fr. (in welchem derjenige der Centralbahn enthalten ist) ganz auszurichten. Aus Aargau, Freiburg, Wallis vernimmt man die entschiedensten Kundgebungen, auch aus Regierungskreisen, zu Gunsten des Gotthard, dessen großer Tunnel im vorigen Monat etwa 9 Meter täglich fortgeschritten und auf 11,732 Meter im Firschtollen gelangte. — Das Volk von Aargau hat auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege eine neue Arbeit der Behörden, eine Verbesserung des Buchtpolizeigesetzes, mit fast 23,000 gegen fast 10,000 Stimmen vom Leben zum Tode gebracht. — Die in Genf siegreichen sogenannten Demokraten haben richtig auch 19 Ultramontane mit in den Grossen Rath hineingeschleppt; die Regierungspartei fußt indes immer noch auf der ansehnlichen Minderheit von 5300 Bürgern. — Von den vorigen Jahren im Kanton Zürich in den heiligen Stand der Che Getretenen hat sich nur die Hälfte kirchlich trauen lassen. — Die reformierte Synode von Bern kommt bei der Staatsbehörde um Abschaffung des Eides, mit Ausnahme des Fahneneides, ein. — Das starke liberale Uebergewicht im katholischen Solothurn legt sich das ultramontane „Vaterland“ so zu: „Der eigentliche und tiefste Grund, warum es im Kanton Solothurn so aussieht, liegt darin, daß bei der Mehrheit der katholische Glaube mangelt und die christliche Ueberzeugung, sonst würde das Volk seinen katholischen Bischof nicht vertrieben haben, sondern würde den Vertriebenen heute noch zurückholen. Kloster Mariastein würde noch dastehen und vieles andere wäre anders.“ Ja wohl, wenn das Wohl und das Aber nicht wäre! — Die altkatholische Facultät an der Hochschule Bern zählt jetzt 13 Studirende. — Auf Beschwerde des katholischen Administrationsrathes und des Bischofs von St. Gallen hat der Große Rath mit der großen (auch liberalen) Mehrheit von 123 gegen 27 Stimmen den Beschluss umgestoßen, mit welchem der Regierungsrath die Alt-katholiken in der Stadt als katholische Kirchengemeinde anerkannte. Als Erwägungsgrund diente: „Der Bestand und Umsfang katholischer Kirchen genossen kann nur vom katholischen Administrationsrat und nur im Einverständnis mit dem bischöflichen Ordinariate je nach Bedürfnis abgeändert werden, wobei dem Regierungsrath das Recht der Genehmigung und Einsprache, keineswegs aber das Recht der Ergänzung oder des positiven Eingriffes zusteht.“ In der That schwachsinnig und unklar! — Auf eine Anfrage der aargauischen Katholiken hat der heilige Stuhl, der „Kirchenztg.“ zu folge entschieden, es sei den Katholiken, Priestern und Laien, nicht gestattet, in einer Kirche, welche den Alt-katholiken als Cultusstätte dient, gottesdienstliche Functionen vorzunehmen, resp. denselben beizuwohnen. In Aarau und an verschiedenen andern Orten des Kantons haben bis vor kurzer Zeit Katholiken und Reformierte in einer Kirche ihren Gottesdienst gefeiert, ohne daß sich der heilige Stuhl bemüßigt fand, gegen eine derartige gemeinsame Benutzung der Cultusstätte sein Boto einzulegen. Die Alt-katholiken müssen also weit ärgeren Höllenbrüder sein, als die Reformierten. Aber, wie Lavater sagte: „je beschränkter die Menschen sind, desto beschränkender sind sie“.

Bern, 21. Nov. [Zur Eidesfrage] schreibt man der „A. Z.“: Die evangelisch-reformierte Synode des Kantons Bern hat soeben einen Beschluss gefasst, welcher nicht bei allen günstige Aufnahme finden wird. Derselbe betrifft die Eidesfrage und lautet wie folgt: „Die Cantonsynode erachtet es im Interesse der religiösen und städtischen Wohlfahrt des Volkes als höchst wünschenswerth, daß 1) die sämtlichen Beamten-Eide in feierliche Gelübde umgewandelt werden; daß 2) bei der bevorstehenden Berathung einer neuen Civilprozeß-Ordnung die Frage des gerichtlichen Eides wo möglich im Sinne der gänzlichen Beseitigung derselben zu lösen sei. Und zwar daß insbesondere a) die Eidesvermahung von 1761 außer Kraft gesetzt werde; b) endlich jedensfalls von der Einführung eines set es facultativen, sei es obligatorischen sogenannten Civileides mit der Formel „Ich schwör“ gänzlich Umgang zu nehmen, daß aber dagegen der Fahneneid beizubehalten sei. Die Cantonsynode richtet diese ihre Anträge in einer motivirten Eingabe an den Regierungsrath zu Händen des Großen Rathes, und ersucht ihn von diesem Begehr zu zugleich auch der vorberathenden Commission für die Ausarbeitung einer neuen Prozeß-Ordnung Kenntnis zu geben.“ Die Vertheidiger dieses Beschlusses gingen hauptsächlich von der Ansicht aus: daß durch Art. 49 der neuen Bundesverfassung, betreffend die Glaubens- und Gewissensfreiheit, eine Lage geschaffen worden sei, welche es unmöglich mache, die Forderung des religiösen Eides gegenüber allen Bürgern aufrecht zu erhalten, während andererseits die Gegner derselben die Abschaffung des Beamten-Eides ohne vorherige Revision der Kantonsverfassung für unmöglich hielten; auch sei zu befürchten, die Annahme des Beschlusses mögliche vom Volke so aufgesetzt werden, als ob mit ihm ein wichtiges religiöses Moment im Leben einfach ausgestrichen werden solle, was sicherlich nur schlimme Folgen haben könnte. Eine andere Frage von allgemeinem Interesse, welche der Synode noch vorlag, war die Frage der Sonntagsheiligung, in Betreff deren jedoch nur beschlossen wurde, den Bezirkssynoden den Wunsch auszusprechen: sich noch weiter einlässlich mit ihr zu beschäftigen und dem Genfer Comite für Aufrechthaltung der Sonntagsfeier die volle Zustimmung zu seinen Bestrebungen auszusprechen.

Italien.

Rom, 25. Nov. [Über den Einzug des Königs] schreibt man der „N.-Ztg.“: Glauben Sie mir, daß, wenn der Telegraph Ihnen von einem unbeschreiblichen Enthusiasmus der Bevölkerung von Rom beim Einzuge des Königspaares berichtet, darin keine Uebertriebung liegt. So lange ich auch in Italien lebe, etwas auch nur annähernd Ähnliches habe ich nicht erlebt, ja kaum für möglich gehalten. Rom wollte dem König und der königlichen Familie all seine Liebe und Anhänglichkeit zeigen und that dies mit allem Feuer seines Temperaments. Als der König mit der Königin aus dem Wagen stieg, wurde er im Bahnhof nur vom Parlamente, dem Gemeinderath und einer Deputation der städtischen Mädchen-Schulen empfangen. Man hatte sich vorschriftsmäßig in Reich und Städte aufgestellt, aber beim Anblick des Königs war im Augenblick alles Ceremoniell vergessen: Senatoren und Deputirte stürzten sich auf den König, ihm die Hände entgegenstreckend. Er reichte die Hand allen Nachstehenden und bedauerter, daß er nicht jedem Einzelnen danken konnte. König und Königin waren vor innerer Bewegung blaß, aber heiter. Eben so war Cairoli Gegenstand enthusiastischer Ovationen von Seiten der Senatoren und Deputirten aller Parteiinuancen. Als

das Königspaar aus dem Bahnhof trat und in den Wagen stieg, sang der Jubel auf der Piazza dei Termini an. Das vor dem Bahnhof aufgestellte Officercorps vergaß momentan alle Regeln der Disciplin, umgab den königlichen Wagen von allen Seiten, wie wenn es den König mit dem Leib decken wollte; an der Ecke schloß sich dem Officercorps eine Masse Bürger mit dem Läusenschön — Margherita — im Knopfloch rund um den königlichen Wagen an, und so von einer dichten Menschenmasse umgeben ging es durch die neue Via Nazionale zum Quirinal unter geradezu betäubenden Hochrufen. Cairoli saß diesmal der Etikette gemäß der Königin, der Herzog von Aosta dem König gegenüber; zwischen dem Herzog von Aosta und Cairoli der kleine Kronprinz. Im Quirinal angekommen, mußten sich der König und die königliche Familie nebst Cairoli innerhalb einer Viertelstunde dreimal und in späterer Stunde noch weitere zweimal auf dem Balkon dem jubelnden Volke zeigen und ihm für diese fürmischen, rauschenden Sympathiebezeugungen danken. Der gestrige Tag wird ebensowohl dem König als den Römern unvergesslich bleiben. Von Bahnhof bis zum Quirinal sah man Kopf an Kopf gedrängt; die Menschenmenge mag nach beschiedener Schätzung 120 bis 130 Tausend betragen haben. Dennoch gab es nicht die geringste Störung, noch irgend welchen Unfall. Schmerzlich wurde das Volk durch den Anblick Cairoli's berührt, der nicht im Stande war, sich auf den Beinen zu halten und von Freunden im buchstäblichen Sinne des Wortes in die Consulta, seinen Amtsstube, getragen werden mußte. Abends war die Stadt beleuchtet und auf allen größeren Plätzen gab es Concerte. Die summierte Demonstration war aber unstrittig eine improvisierte Prozession der vom Quirinal abziehenden Menschenmassen nach dem Pantheon, zum Grabe Victor Emanuels.

Heute um 1 Uhr Mittags empfängt der König mit der Königin in feierlicher Weise den Senat und die Deputirtenkammer, welche ihm die von ihnen vorliegenden Adressen überreichen werden. Morgen nimmt das parlamentarische Leben seinen Anfang. Es liegt schon eine erhebliche Anzahl von Interpellationen über die innere und auswärtige Politik vor. Man will über die Existenz des Ministeriums rasch entscheiden, dessen zahlreiche Gegner überzeugt sind, daß es eben nur einer Interpellation bedarf, um es zu stürzen.

Frankreich.

Paris, 27. Nov. [Aus der Deputirtenkammer. — Budget-Debatte. — Die Todtenglocke in Marseille und Renan's „Leben Jesu.“ — Todessfälle.] Die Todtenglocke in Marseille und Renan's „Leben Jesu.“ — Todessfälle. — Der Ausschüttungspalast auf dem Marsfeld. — Die Kammer hat gestern zunächst das Budget der Ehrenlegion votirt. Hierzu war von Girault ein ziemlich sonderbarer Antrag gestellt worden. Die Ehrenlegion besitzt, wie man weiß, seit ihrer Gründung durch Napoleon I. eine Dotations, ein Vermögen in Mobiliarwerten namentlich, das sich im Laufe der Zeit vergrößert hat. Von diesem Vermögen nehmen die Prinzen von Orleans jetzt einen Theil in Anspruch, dessen sie wiederrechtlich beraubt worden, und welcher eine Jahresrente von ungefähr 57,000 Frs. abwirft. Nun wollte Girault, daß die Ehrenlegion selber, nicht aber der Staat den Verlust zu tragen habe und daß man die Gehälter ihrer Würdenträger um die betreffende Summe verkürze. Die Kammer wies diesen Vorschlag zurück. Girault war in seiner Rede keineswegs freundlich mit den Prinzen von Orleans umgegangen. Er hatte daran erinnert, daß dieselben unmittelbar nach dem Kriege in der Zeit der größten Noth Frankreichs für sich selber viele Millionen gefordert und mit großer Geringhätzung sprach er von denselben, die nun auch die Ehrenlegion beraubten wollen. Die Orleanisten in der Kammer konnten diese Bemerkungen nicht unerwidert lassen und zwei von ihnen de Valois am Tage vorher und Loross in der gestrigen Sitzung erklärten, in wie fern die Prinzen von dem großen Vermögen, das ihnen geraubt worden, nur einen Theil, nicht einmal die Hälfte wiedergefordert hätten. Die Kammer hörte ihre Auseinanderseufzungen etwas spöttisch an. Ab dann ging man zum Budget des Kriegsministeriums über und auch dieses wurde vollständig votirt nach einer Discussion, in welcher mehr oder minder interessanter Detailfragen zur Sprache kamen. An dieser Discussion beteiligten sich namentlich de Roys und der Kriegsminister, der Bevölkerungsstatistiker Lenglois, Gambetta, Touchard, Margaine u. s. w. De Roys kritisierte den Zustand der Militär-Hospitäler, der Betten, der Uniformstücke und versetzte dadurch den Kriegsminister in eine solche Aufregung, daß er bei einem Haare ein Vertrauensvotum von der Kammer verlangt hätte. Touchard und Gambetta stritten über die Frage der Pensionserhöhung und Gambetta sowie Lenglois antworteten auf gewisse Bemerkungen Margaine's, welcher die jetzige Fleisch-Lieferung in der Armee für unzweckmäßig erklärt. Man glaubt, daß die Budgetdiscussions in der Kammer am Sonnabend beendigt sein wird, so daß das Budget schon in diesen Tagen dem Senat überbracht werden könnte. — Aus Marseille wird eine amüsante Geschichte gemeldet. Es ist vielen Parisern noch erinnerlich, daß vor 15 Jahren, nach dem Erscheinen von Renan's „Leben Jesu“, der damalige Bischof von Marseille, H. Place, den Befehl ertheilte, die Todtenglocke zum Zeichen der Buße und Trauer läuten zu lassen. Die Sache erregte damals große Heiterkeit und unter den unzähligen heftigen Protesten, welche das Renan'sche Buch seitens des Clerus hervorrief, war dieser jedenfalls einer der originellsten. Es wäre aber schwerlich jemandem eingefallen, zu vermuten, daß es bei diesem einmaligen Geläute nicht sein Bewenden habe, und doch ist dem so. Seit jener Zeit ist in Marseille jeden Freitag Nachmittag die Todtenglocke zur Sühne für Renan's Unthat geläutet worden. Man erfährt dies daraus, daß der dortige Gemeinderath an die Regierung das Gesuch gerichtet hat, es möge dieser unzeitgemäße Demonstration auf Grund des Germain-Gesetzes ein Ende gemacht werden. — Die Nachricht von dem Tode des Saint Paul's wird von verschiedenen Blättern bestätigt. Am gestrigen Tage haben noch andere bekannte Männer das Zeitliche gesegnet, so Chevandier de Baldrome, der ehemalige Minister des Innern unter dem Cabinet Emil Olivier's; dann der Senator André (Charente), der seit langer Zeit lebend gewesen. Endlich der Graf Potocki, einer der reichsten Privatleute von Paris und der Gemahl jener schönen Gräfin Potocki, welche Chopin's letzte Athemzüge erleichterte, indem sie dem schlafenden Künstler auf seinen Wunsch eine seiner Melodien auf dem Clavier spielte. Der Graf Potocki zählte 84 Jahre. Ein besonderes Interesse haben die Lebensversicherungs-Gesellschaften an diesem Todesfalle, denn der Verstorbene hatte einen großen Theil seines Vermögens in Leibrenten bei ihnen angelegt und sie hatten ihm jährlich die Kleinigkeit von 4 Millionen zu zahlen. Von seinem sonstigen Vermögen bezog er außerdem eine Jahresrente von 2 Millionen. Der Erbe dieser letzten ist sein Sohn Nikolaus, eine in der Pariser Sportswelt sehr bekannte Persönlichkeit. — Man weiß noch immer nicht mit Bestimmtheit, was aus dem Ausstellungspalaste auf dem Marsfeld werden soll. Der Ministerconférence hat gestern wieder über diese Angelegenheit berathen, aber er hat auch diesmal wieder keinen Entschluß fassen können.

Paris, 27. Nov., Abends. [Senator André. — Duell.] Die Nachricht von dem Tode des Senators André wird heute Abends widerrufen. Herr André war in der That schwer erkrankt, aber es geht ihm heute etwas besser. — Heute Nachmittag hat wieder ein

Duell bei Plessier-Piquet, dem Schauplatz des Duells zwischen Gambetta und de Fourtou, und zwar ebenfalls auf Pistolen stattgefunden. Die Duellanten sind der bonapartistische Deputierte Dreolle und Gilbert-Martin, der Redakteur eines in Bordeaux erscheinenden Witzblattes „Don Quichotte“, welcher in weiteren Kreisen dadurch bekannt geworden ist, daß er unter der Mairegierung mit großem Witz und großem Erfolg den damaligen Präfekten von Bordeaux de Tracy bekämpfte. Einer der Zeugen Gilbert-Martin's war der Deputierte Lockroy und einer der Zeugen Dreolle's Robert Mitchell, der auch bei dem Gambetta-de Fourtou'schen Duell thätig war.

Großbritannien.

A. C. London, 27. Nov. [Über den weiteren Verlauf des Feldzuges in Afghanistan] liegen heute folgende Depeschen vor:

Lahore, 27. Novbr. Amtliche Nachrichten bestätigen die Meldung, daß Datta, ohne Widerstand zu finden, besetzt wurde. Die Mohmuds hatten den Platz vor der Ankunft der britischen Truppen geplündert. Der Anführer der Mohmuds kam gestern in das britische Lager, um seine Achtung zu bezeugen. Von allen Seiten werden Vorräte geliefert. Der Häuptling der türkischen Khaibar-Dörfer hat persönlich seine Dienste angeboten. Die Dörfer in der Nachbarschaft von Djellalabad haben die Zahlung ihrer Abgaben an Ali Akbar verweigert, seitdem dieser die Flucht ergriffen hat. Er sowohl wie der afghanische General Schulan Heidar bewirkten ihre Flucht aus dem Abyberpas nach dem Churipas. — Die Besetzung von Pischin hat gleichfalls amtliche Bestätigung erhalten. Da Multan nicht weit von Bhawalpore gelegen ist, so ist es erwartet worden, daß Contingent geradezu nach Multan zu dirigieren, um dort gewisse Dienste zu leisten, die bis dahin abgezogenen britischen Truppen oblagen. Die Contingente anderer eingeborener Staaten werden in kurzer Zeit in Lahore ein Rendezvous haben, wo deren künftige Bestimmung geregelt werden wird. Der Maharradschah von Cashmir wünscht schließlich ein Contingent zur Invasionssarmee zu liefern; da er aber der Gebiete eines großen und wichtigen Theiles des Afghanistan grenzenden Landes ist, würde es für den größten Theil, den er leichter könne, erachtet, wenn er jene Grenze überwache. — Die in Almusjid gemachten Gefangenen befinden sich jetzt in Paschawur. Es ist wahrscheinlich, daß die Gemeinen mit hinreichenden Reisemitteln versehen nach ihrer Heimat entlassen werden, während die Offiziere nach europäischem Kriegsgebräuch behandelt werden dürfen.

Der Special-Correspondent des „Daily Telegraph“ meldet in einer aus Datta vom 25. d. dritten Depesche:

„Das afghanische Lager“ in Almusjid mit einem britischen Regiment und den von einer Escorte begleiteten Kriegsgefangenen verlaufen, setzte General Brown Mittags seinen Marsch fort. Auf dem Wege erschienen die Häftlinge der Gebirgsdistrikte, um ihn zu beglückwünschen und ihm ihre Achtung zu bezeigen. Er langte in dem 13 Meilen entlegenen Bunder-Khanan an, wo die Vorhut ein Bivouac bezog. Major Cabagnari ritt weiter nach Datta, welches er um 7 Uhr Abends erreichte. Der Khan von Balpur ging ihm entgegen, um seine Unterwerfung anzubieten. Mit Tagesanbruch am Sonntag Morgen legten die britischen Truppen ihren Marsch fort und kamen Mittags in Datta an. Sie fanden das Dorf verödet und von den benachbarten Stämmen geplündert vor. Sämtliche Truppen des Emirs waren abgezogen. Die britischen Colonies haben nunmehr die Grenze des eigentlichen Afghanistan erreicht und durch ihre Erfolge das Ansehen des Emirs in dem 30 Meilen breiten unabhängigen Gebiet zwischen Jamrud und Datta für immer vernichtet. Die fliehende afghanische Armee ist in ihrem Bemühen, zu entkommen, aller Habseligkeiten beraubt worden, da das Land sich gegen dieselbe erhoben hat und ihr Obdach und Nahrung versagt. Es ist uns die bereits bestätigte Kunde zugegangen, daß Djellalabad geräumt worden und daß die Garnison sich in überstürzter Flucht nach Kabul befindet. Mahomed Shah, der Khan von Balpur und Häuptling der Mohmuds — bislang der Verbündete des Emirs — Bitter von Jacob Khan und der jetzt hier in meiner Nähe sitzt, hat sich dem Major Cabagnari zur Verfügung gestellt. Die Nomadenstämme, die sich gestern für die Flucht vorbereitet, sind alle gebieben und bringen reichliche Vorräte von Lebensmitteln aller Arten herbei. Die Dorfbewohner zeigen ebenfalls ihr Vertrauen in uns, indem sie ihrer tägliche Bezahlung nachgehen, ohne sich um die vorüberziehende Armee nur im Geistigen zu kümmern.“

Provinzial-Beitung.

A. Breslau, 30. Nov. [Padagogischer Verein.] In der Sitzung am 2. Novbr. hielt Herr College J. Hubner seinen angekündigten Vortrag: „Bunte Blätter“. In diesen „bunten Blättern“ sprach er im Juilletone fast alle die Fragen, die in der gegenwärtigen Zeit die Lehrerhaft bewegen. Es ist dem Referenten nicht möglich, von dem interessanten Vortrag weiter zu berichten, da das Padende des Vortrages vorzugsweise in der interessanter Form bestand. Der Verein hörte den Vortrag des Herrn J. Hubner mit großem Interesse. — Hierauf kam die Debatte in der Stadtverordneten-Versammlung über die Schulberichte der beiden städtischen Schul-Inspectoren zur Sprache. Der Verein bedauert, daß in öffentlicher Stadtverordneten-Versammlung ausgesprochen worden ist, daß in den oberen Klassen der Mädchenhäuser der Sind nicht mehr gebraucht werden solle. Es werden aber doch bisweilen Fälle eintreten, daß auch in diesen Klassen körperliche Züchtigungen durchaus nicht umgangen werden können, obgleich körperlich zu strafen wahrhaftig kein Vergnügen ist. Ueberschreitungen des Züchtigungsrechtes müssen ja selbstverständlich geahndet werden. Uebrigens steht nach dem „Allgemeinen Landrecht“ dem Lehrer das Recht zu, die Schüler auch körperlich zu strafen, nur dürfen diese Strafen die Gesundheit des Kindes in keiner Weise gefährden. — Ferner erläßt der Verein seine Zustimmung zu den Ausführungen der „Morgenzeitung“ gegen das Sommergelehrte und ist ganz derselben Ansicht wie sie, daß diesem Bettelunfuge mit allen Mitteln gesteuert werden muß. — Außerdem ist der Verein der Meinung, daß die jetzt übliche Feier des Reformationsfestes in den Schulen der Würde des Tages nicht entspricht, und daß durch das Befehlen der Schüler in die Kirche der eigentliche Zweck des Festes nicht erreicht, sondern wegen der großen Anzahl der Kinder oft eine Störung des Gottesdienstes herbeigeführt wird.

** Breslau, 30. Novbr. [Zur Schulaufsicht in Oberschlesien.] Das Local-Schul-Inspectorat wurde übertragen 1) dem Gutsräther Kloß zu Seifersdorf für die dortige katholische Schule; 2) dem Amtsvoirsteher Müller zu Patschau für die katholische Schule zu Görlitz, Kr. Neisse; 3) dem Hüttenmeister Müller zu Theresienhütte für die katholische Schule zu Georgs-Hütte, Kr. Kattowitz; 4) dem Kreisschul-Inspector Dr. Giese zu Neisse für die katholischen Schulen zu Kaundorf, Ludwigsdorf und Mannsdorf.

S. [Der Consistorial-Rath Dr. Richter] hierselbst, welcher bereits vor seiner im Jahre 1869 erfolgten Ernennung zum Justiziarus des Consistoriums der Provinz Schlesien einige Jahre als Hilfsarbeiter bei Consistorial-Rath beschäftigt gewesen, ist vom Könige zum Ober-Consistorial-Rath und Mitglied des Ev. Ober-Kircherraths ernannt worden.

X. [Vortrag von Dr. Wiss.] Herr Dr. Wiss, in Westend bei Berlin wohnhaft, ist von Hause aus Arzt. Als solcher ging er Anfang der fünfzig Jahre nach Amerika und praktizierte in Philadelphia und Washington mit großem Erfolge. Seine Verdienste um öffentliche Verbesserungen bewirkten, daß ihn die Union regierung, welche verdiente Männer bekanntlich durch Verleihung von Consulaten und Gouvernementsposten auch heute noch auszeichnet, später als Berufskonsul nach Amsterdam sandte. Die Stellung gestaltete ihm, seinem Lieblingsstudium, der Nationalökonomie, mehr und mehr nachzuhängen und als Frucht dieser Studien und fortgesetzter fleißiger Forschungen in Amerika erschien bei Wiss Rückkehr nach Deutschland (1867) sein großes Epoche machendes Werk: „Das Gejse der Bevölkerung und die Eisenbahnen; eine volkswirtschaftliche und statistische Untersuchung, geführt auf dem Terrain der Vereinigten Staaten von Nordamerika.“ Der Autor beschäftigte sich seitdem literarisch fast ausschließlich auf dem bezeichneten Gebiete und griff nebenher in die von ihm stets lebhaft befürwortete Bewegung für Wohnungsbau auch praktisch ein, indem er sein ansehnliches Privatvermögen den Quistorp'schen Baugesellschaften anvertraute. Bei dem Zusammenbruch dieser Unternehmungen hat Wiss wohl erhebliche Verluste gehabt. Er sah sich neuerdings veranlaßt, seine Praxis wieder aufzunehmen, fand aber auch gleichzeitig eine feinen Fähigkeiten sehr angenehme Stelle als Herausgeber der „Wiertshärbdrift für Volkswirtschaft und Culturgeschichte“. Es ist Herrn Wiss gelungen, diese Zeitschrift unter Faucher Redaktion nach dem Kriege wesentlich zurückgegangen war, rasch wieder auf die Höhe ihrer früheren Leistung

gen emporzubringen. — Als der Commissar des Handelsministers, Herr Moser, vor 1½ Jahren die Neuigkeit verbündete: Amerika habe den Kanalbau angegeben und halte von der Leistungsfähigkeit der Canale nichts mehr, da war es Wiss, der in Gemeinschaft mit Kapp diesen Irrthum auf Grund besserer Einsicht in die transatlantischen Verhältnisse erfolgreich bekämpfte. Sein Vortrag über die wirtschaftliche Bedeutung der Kanäle (Sonnabend Abend im Kaufmännischen Verein, Neue Börse) verdiene die allgemeine Beifälligung. Wie wir hören, sind Gäste willkommen. — I. [Eisenbahn-Unfall] Der heutige Zug der Reisse-Brieger Bahn, welcher fahrplanmäßig früh 7 Uhr 22 Minuten in Brieg ankommt sollte, hatte in Folge eines Reifenbruches an dem Packwagen, durch welchen der Zug beinahe in Gefahr geriet, zu entgleisen, eine Verzögerung von etwa einer halben Stunde.

△ Ohlau, 29. Novbr. [Diakonats-Vacanz — Pestalozzi-Verein. — Fortbildungscursus für Handlungsschüler.] Die Hoffnung der hiesigen evangelischen Gemeinde, das seit dem 1. April d. Vacante Diakonat ihrer Kirche demnächst wieder besetzt zu sehen, hat sich leider nicht erfüllt, indem der am 14. Juli von den beiden kirchlichen Körperschaften mit 24 von 28 Stimmen gewählte Pfarrer Herr Stiehler aus Am Liebenstein im Herzogthum Gotha, nachdem das Königliche Consistorium für Schlesien ein Colloquium mit ihm abgehalten und in Folge dessen seine Bestätigung auch bereits ausgesprochen war, die Annahme des hiesigen Diakonats abgelehnt hat. Gemeindekirchenrat und Gemeindevertretung, denen nach § 12 der königl. Verordnung vom 2. December 1874 in diesem Falle die Pfarrwahl zusteht, haben sich einstimmig für eine Neuwahl erklärt, und um dem zu wählenden Diakonat ein höheres Einkommen zu sichern, haben dieselben bei der königlichen Patronsbehörde das Gesuch eingereicht, einen bisher dem Amtsvergänger aus der Kirchklasse gewährten jährlichen Gehaltsschuf von 300 Mark auch ferner bewilligen zu wollen, so daß der Diakonat ein Jahreseinkommen von 2400 Mark habe. Eine Antwort hierauf ist seitens des königl. Consistoriums noch nicht eingegangen. Wenn übrigens dieses Diakonat ohne besagte Zulage mit 2100 M. Jahreseinkommen ausgeschrieben ist, so hält man allgemein dafür, daß denn doch dieser Betrag ein wenig zu niedrig bemessen sei.

— Der Pestalozzi-Zweigverein des Ohlauer Kreises hielt am 27. d. Monats seine diesjährige Generalversammlung ab, in welcher eine kurze Berichtserstattung, Vorstandswahl und Wahl der zu unterstützenden Lehrerbewilligung erfolgte. Mit einer Mitgliederzahl von 145 ist der hiesige Zweigverein immer noch einer der größeren der Provinz. Unter ihnen ist die Zahl der Nichtlehrer größer als die der Lehrer und ebenso übertreffen die Beiträge der ersten die der letzteren fast um das Doppelte. Von den im Kreise vorhandenen 12 Lehrerbewilligten wurden vom hiesigen Zweigvereine 8 unterstellt oder ihre Unterstützung vermittelt. Ebenso viele sollen in gleicher Höhe auch im neuen Vereinsjahr mit freilich immer noch geringen Unterstützungen bedacht werden. Lebhaft beklagt wurde es, daß selbst noch Lehrer diesem so segensreichen Vereine fern bleiben. Um eine größere Belebung innerhalb des Kreises zu erzielen, wurde die Anzahl der Agenten vermehrt und die Eintheilung sämtlicher Ortschaften in Agentur-Bezirke beschlossen. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. — Ein Verein hiesiger Kaufleute hat beschlossen, für diesen Winter einen Fortbildungscursus für Handlungsschüler ins Leben zu rufen. Ihrem Gejüche, ihnen zu diesem Zwecke die Benutzung eines Klassenzimmers der paritätischen Stadtschule für einige Abende der Woche zu ermöglichen, wurde seitens des Magistrats nicht nur bereitwillig entsprochen, sondern zugleich die nötige Belebung und Beleuchtung aus Stadtmitteln zugelegt.

— r. Namslau, 28. Nov. [Städte-Feuer-Societät.] — Das polnische Pastorat abermals erledigt. In der Provinzial-Städte-Feuer-Societät sind 932 Gebäude der Stadt Namslau, nämlich 329 Wohnhäuser und 603 Nebengebäude mit einer Summe von 2,832,120 M. gegen Feuersgefahr versichert. Davon entfallen 2,210,420 M. nach Klasse I, 45,960 M. nach Klasse II, 36,930 M. nach Klasse III, 69,570 M. nach Klasse IV, 19,960 nach Klasse V und nur 89,280 M. nach Klasse VI. Hieraus ist ersichtlich, daß der Bauzustand in unserer Stadt ein fast durchweg guter und die harte Bedachung überall vorherrschend ist. Der Durchschnitt der sammelten versicherten Gebäude beträgt 2,867,300 M. — In dem Augenblicke, wo für den zum polnischen Pastorat an die hiesige evangelische Kirche berufenen Herrn Pastor Abicht aus Broglis bei Pitschen bereits die Vocatio ausgesetzt wurde, trifft von demselben die äußerst fremdländische Nachricht ein, daß er die auf ihn gefallene Wahl als polnischer Pastor ablehnt. Es ist nicht bekannt, welche Motive diesen Herrn, nachdem er bereits zweimal hier polnisch und deutsch gepredigt und seine Bewerbung um das vacante polnische Pastorat so lange aufrecht erhalten hat, jetzt plötzlich veranlaßt haben können, seine Bewerbung wieder zurück zu ziehen — eine unbefriedbare Thatache aber ist und bleibt es, daß durch diese sich immer weiter ausdehnende Vacanz die Interessen unserer evangelischen Kirche in der allerempfindlichsten Weise geschädigt werden. Man vergleiche die Einnahmen der Klingelbeutel aus dem polnischen Gottesdienste aus der Zeit der Vacanz mit denen vor Jahresfrist, wo noch Herr Pastor Jawada, gegenwärtig in Königshütte, hier polnischer Prediger war, und man wird finden, daß diese Einnahmen nach und nach auf ein Minimum zusammen schwunden. Die hierher eingepfarrten Kirchgänger polnischer Zunge, die durch den eben genannten, so allgemein beliebten und tüchtigen Kanzelredner zu zahlreichem Besuch der Sonntagsgottesdienste mächtig angezogen wurden, vermögen durch die jetzt nothwendig gewordenen Stellvertretungen die Thatache lädt sich nicht verschließen — einen Erfolg für ihren früheren vorzüglichen Kanzelredner nicht zu finden, und da oftmals im polnischen Gottesdienste nur eine deutsche Predigt gehalten werden kann, die zur Stellvertretung berufenen Geistlichen aber mit einer Ausnahme nicht im Stande sind, durch ihre Predigten die Gemeindeglieder polnischer Zunge eben so mächtig, als Herr Jawada, heranzuziehen, so ist es erklärlich, daß die polnisch redenden Kirchgänger, hauptsächlich die Einwohner des großen Dorfes Strehlitz, die sonst scharenweise nach der Stadt kamen, sich den Tag gleichzeitig entfernen nach barbaren Kirchdörfern Simmenau und Polnisch-Wörbitz zuwenden, wo ihnen in polnischer Sprache kräftigere geistige Speise geboten wird. Aber nicht nur unsere evangelische Kirche leidet unter dieser jetzt jedenfalls noch recht weit ausdehnenden Vacanz, — durch das Fernbleiben der Kirchgänger erfährt auch unser ganzer Marktverkehr eine schwer in Gewicht fallende Einbuße und die hiesigen Gewerbetreibenden werden davon in so empfindlicher Weise getroffen, daß darüber die gerechten und bittersten Klagen laut werden und tödlichste Abhilfe laut und dringend begehr wird. Möge daher die heut zusammentretende Kirchengemeinde-Versammlung schmunzlig geeignete Anordnungen treffen, um sobald als möglich an Herrn Jawadas Stelle wieder einen trefflichen Kanzelredner zu erhalten, der die Gemeindeglieder an das Gotteshaus zu fesseln versteht.

— I. Brieg, 28. Novbr. [Städtische Angelegenheiten.] In der gestern abgehaltenen Stadtverordneten-Versammlung wurde u. A. die Armenbuchhaltung pro 1877—78 entlastet. Dieselbe schließt in Einnahme mit 12,627,68 M. in Ausgabe mit 43,767,79 M. ab, hat sonach einen Zu- schuß von 31,139,99 M. erforderl. Der Vermögensbestand am Schlusse des Etatsjahres belief sich auf 59,430,60 M. Die Central-Hospit-Buchhaltung, welche ebenfalls entlastet wurde, schließt in Einnahme mit 21,477 M. in Ausgabe mit 17,101 M. ab. Das Vermögen stellt sich hier auf 220,758 M. KENNIS genommen wurde von einem Schreiben des Stadtbaumeisters, in welchem dieser die Wiederwahl für die Amtsperiode 1879—1885 ablehnt. Nicht ohne Interess war eine Debatte, betreffend die Verpflichtung der Restaurierung im Stadttheater. Nach dem Tode des früheren Bäters hatte der Magistrat der Wittwe desselben ohne Befragung der Versammlung die Restaurations-Räumlichkeiten bis Ende 1879 verpflichtet. Auf eine Anfrage aus der Versammlung, warum die Genehmigung der Stadtverordneten nicht nachgefordert worden, hatte der Syndicus ein Gutachten ausgearbeitet, in welchem das Recht zur Verpflichtung von städtischem Eigenthum für den Magistrat als allein maßgebenden Factor in Anspruch genommen wurde. Die hierauf von den Stadtverordneten, Justiziarbüro, Wielisch und Schneider, abgegebenen Gutachten kamen zu dem entgegengestellten Resultat, daß auf Grund des § 49 der Städteordnung (Die Stadtverordneten beschließen über die Benutzung des Gemeindevermögens) Verpflichtungen und Vermittlungen von städtischem Eigenthum ohne Genehmigung der Stadtverordneten rechtsgültig nicht erfolgen können. Die Versammlung schloß sich diesem Gutachten vollständig an. Es steht zu hoffen, daß die Meinungsverschiedenheit zwischen dem Magistrat und den Stadtverordneten zu keinem Conflit führen und daß der Magistrat die nachträgliche Zustimmung der Versammlung zu dem Pachtvertrage nachsuchen wird, umso mehr, da der Magistrat, wie auch heute wieder in mehreren Fällen geschah, bisher immer die Genehmigung zu Pachtverträgen über städtisches Eigenthum bei den Stadtverordneten eingeholt hat.

[Notizen aus der Provinz.] * Jauer. Das „Stadtblatt“ meldet: Bei der am 27. November auf den Feldern des Dominium Neppersdorff abgehaltenen Treibjagd wurden 253 Hasen erlegt. 33 Schafe waren hierbei befreit. Das Resultat ist als ein sehr günstiges zu betrachten. — Da-

gegen wurde bei einem Treibjagd auf städtischem Gebiet, welches am 27. November stattfand, leider nur 1 Vertreter des „Lampeschen Geschlechts“ erschossen, ein zweiter lief verwundet davon.

+ Görlitz. Der „Anz.“ meldet: Am 27. Novbr. Nachmittag versah hier Se. Excellenz Herr Colmar v. Debschitz, General-Lieutenant z. D. Im Kriege 1870/71 hatte er als Commandeur einer selbstständig operirenden Landwehr-Division die Aufgabe, die Belagerung der Festung Belfort gegen die im Süden der selben in der Bildung begriffenen Freischaaren, u. A. auch das Garibaldi'sche Corps zu decken. Er führte diese Aufgabe in einem unaufrührlichen aufreibenden und Guerilla-Kriege mit Erfolg durch, bis der Annmarsch der Bourbaki'schen Armee die Zusammenziehung größerer Streitkräfte südlich von Belfort nötig machte. Diesen, unter General v. Werder diente die Division Debschitz als linker Flügel. In diesem Verhältnis nahm General v. Debschitz an den glorreichen Kämpfen vom 16. bis 19. Januar 1871 Theil, in denen die Deutschen den dreimal stärkeren Feind zerstörten und die traurigen Überreste der letzten französischen Feldarmee mit Kolbenstöcken über die Schweizer Grenze trieben. Die Landwehrmänner des Generals v. Debschitz nahmen an der Verfolgung keinen Theil, sondern dienten bis zum Fall der Festung Belfort der Belagerungssarmerie als Reserve.

△ Ratibor. Herr Oberpräsident v. Pufftanner hat, wie dem „Anzeiger“ mitgetheilt wird, auf Einladung des Herzogs von Ratibor am 27. November in der nahegelegenen Obora an einer Jagd teilgenommen.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 29. Novbr. [Börse.] Die Börse verbreitete sich auch heute sehr reservirt und blieben die gesellschaftlichen Transactionen wiederum in den engsten Grenzen. Die Ultimoliquidation ist im Großen und Ganzen glatt vorübergegangen und sind größere Unregelmäßigkeiten überhaupt nicht zu befürchten gewesen. Heute ist nur die Zahlungsstützung einer kleinen Firma bekannt geworden. Da es sich hierbei auch fast nur um minimale Beträge handelte, so beachte die Börse diesen Fall gar nicht und die nothwendigen Executionen konnten auch natürlich nicht das laufende Geschäft beeinflussen. Anfangs war der Geschäftsverkehr vorzugsweise gering und blieb die Stimmung lange Zeit unentschieden. Erst in der zweiten Börsenfunde besterte sich die allgemeine Haltung so weit, daß die Tendenz wenigstens fest genannt werden konnte. Die Course fast sämtlicher Speculationswerte vermochten in Folge dessen etwas anzuzeigen und zeigte auch der Verkehr etwas größere Regiamkeit. Die internationalen Speculationspapiere, von denen Hessische Creditactien verhältnismäßig am regtesten umgestellt wurden, eröffneten mit ihren gestrichenen Schlüpfourcen und erfuhren später eine ganz bedeutende Cours-Erhöhung. Von Frankfurt sah man die sonstigen Börsen-Austräge. Die österreichischen Nebenbahnen blieben fast absolut geschäftslos. Galizier und Pardubitzer erhöhten die Rofungen etwas. Von den localen Speculationseffekten thaten sich Laura-Actien her vor und glichen auch die vorangegangenen Rückgänge wieder aus. Disconto-Commandit-Unternehmen beteiligten sich in sehr beschränktem Maße am Verkehr. Dieselben notierten ult. 132,40—132,50, Laurahütte ult. 69,50—69,70—69,75. In den ausländischen Staatsanleihen sind Coursesänderungen gar nicht zu verzeichnen und läßt dies schon einen Schluss auf den hohen Grad von Geschäftslösigkeit zu. Unter den russischen Wertpapieren waren wenigstens Rubeljachen in einer Frage 5proc. Anleihe per ult. 80—80%, Russ. Noten per ult. Decbr. 197½—8½ (Borprämie 200½/2%), per Jan. 198½—9½ (Borprämie 201½/3%). Preuß. Bonds fest, aber unbelebt, andere deutsche Staatspapiere unverändert. In Eisenbahn-prioritäten fand nur ein äußerst geringes Geschäft statt. Von russischen Devisen waren Märsch-Roslow und Kurz-Riem gefragt. Auf dem Eisenbahnactien-Markte herrschte eine sehr gedrückte Haltung und ließen die schweren Bahngesellschaften meist in den Coursen nach. Besonders gilt dies von Stettinern, aber Potsdamer, Anhalter und Halberstädter Notiren niedriger, nur Oberschlesische zogen etwas an. Thüringer nicht unbekannt. Per ultima notire Bergläde 77—78, 80—80, Köln-Mindener 103,50, Rheinische 107,75, Bergische 77,25, Rumänen 34,90, Russ. Noten 198,25. Alles Decembercourse.

Coupons. (Course nur für Posten.) Österreich. Silberrente-EP. 173,50 bez., do. Eisenb.-Coup. 173 bez., do. Papier in Wien zahlb. min. 50 Pf. t. Wien, Amerikan. Gold-Dollar-Bonds 4,18 bez., do. Eisenbahn-Prioritäten 4,17,50 bez., do. Papier-Dollars 4,16 bez., 6% New-York-City 4,17,50 bez., Russ. Central-Boden min. 20 Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 Pf. t. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau-Russ.-Engl. cons. verl. 20,48,50 bez., Russ. Boll. 20,48,50 bez., 22er Russen —, —, Große Russ. Staatsbahn —, Russ. Boden-Credit 20,15 pr. Jan., Warschau

Januar-Februar 20,7 M. bez., per März-April 20,7 M. bez., per April-Mai — M. bez. Gefündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. Spiritus loco ohne Fak 52,3 M. bez., per November 59,5—58 M. bez., per November-December 51,7—51,5 M. bez., per April-Mai 52,7—52,5 M. bez., per Mai-Juni 52,9—52,7 M. bez. Gefündigt 70,000 Liter. Kündigungspreis 58,5 Mart.

Berliner Börse vom 29. November 1878.

Fonds- und Geld-Course.

	Wechsel-Course.
Deutsche Reichs-Anl.	100,10 B
Consolidirte Anleihe	104,80 bzG
do. do. 1876	94,90 bz
Staats-Anleihe	94,60 bz
Staats-Schuldabscheide	91,90 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	124,00 bzG
Berliner Stadt-Oblig.	102,10 bz
Berliner Stadt-Oblig.	101,40 bz
Pommersche	84,25 G
do. do. 1872	94,60 bz
do. Lindsch.Crd.	102,50 bz
Posensche neue	94,60 bzG
Schlesische	86,30 G
Landschaft. Central	94,75 bz
Kur.-u. Neumärk.	96,00 B
Pommersche	95,60 bz
Posensche	95,00 bz
Preussische	95,00 B
Westfäl. u. Rhein.	98,00 G
Sächsische	98,00 B
Schlesische	96,10 G
Badische Präm.-Anl.	120,90 bzB
Baierische 4% Anleihe	123,40 bz
Coln.-Mind. Prämisch.	112,75 bzG
Sachs. Rente von 1876	72,70 bz
Kurb. 40 Thaler-Loose	246,00 bz
Badische 35 Fl.-Loose	144,00 etbzB
Braunschw. Präm.-Anleihe 80,60 bzG	
Oldenburger Loose	136,30 bzG
Ducaten 9,61 bz	Dollars 4,18 G
Sover. —	Oest. Bkn. 173,45 bz
Napoleon 16,18G	do. Silbergld. 173,30 bz
Imperials —	Russ. Bkn. 197,40 bz

Hypothenken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	107,60 G
Unk. Pfd. d. Pr.Hyp.-B.	106,00 bzG
do. do. 102,00 bzG	
Deutsche Hyp.-B.-Pfd.	94,75 bzG
do. do. 106,10 bzG	
Kündb. Cent.-Bod.-Cr.	100,00 G
Unk. do. (1872)	101,50 bz
do. rückz. ab 110	106,25 bz
do. do. do. 101,50 bz	
Unk. H.d.Pfd. Crd.B.	98,25 bz
do. III. Em. do. 98,00 bzG	
Kündb. Hyp.-Schuld.	100,00 G
Hyp.-Antl. Nord-G.-C.-B.	92,50 bzG
do. do. Pfandb.	93,25 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	98 bz
do. do. II. Em.	89,50 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	106,10 bz
do. II. Em.	104,26 bzG
do. 50% Pfarralb.m. 110	96,80 bzG
do. 41/2 do. m. 110	90,40 bz
Meininger Präm.-Pfd.	109,75 B
Ost. Oest.-Bd.-Cr.-G.	94,40 G
Schles. Bodenr.-Pfd.	93,90 G
do. do. 94,50 G	
Südd. Bod.-Cred.-Pfd.	103,25 G
do. do. 41/2 do. 98,70 bzG	

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1/4, 1/4, 1/4, 1/4)	53,60 etbzG
do. 1/4, 1/4, 1/4, 1/4	53,60 etbzG
do. Goldrente	62,00 B
do. Papierrente	52,60 G
do. 54er Präm.-Anl.	107,25 bz
do. Credit-Loose	298,50 bzG
do. 6ter Loose	261,80 B
Buss. Präm. Anl. v. 64	144,30 bz
do. do. 1866	142,00 bz
do. Bod.-Cred.-Pfd.	72,30 bzG
do. Cent.-Bd.-Cr.-Pfd.	72,75 bz
Russ.-Poln.Schatz-Obl.	78,90 G
Poln. Pfndbr. III. Em.	60,90 bz
Poln. Liquid.-Pfndbr.	53,40 bzG
Amerik. Rückz. p. 1861	104,90 G
do. do. 1885	99,60 bz
do. 50% Anleihe	104,00 G
Ital. 50% Anleihe	73,75 G
Ital. Tabak-Oblig.	102 bz
Raab.-Grazer 100% Thlr.L.	70,50 bz
Rumanische Anleihe	101,90 bz
Türkische Anleihe	11,60 G
Ungar. Goldrente	71,80 bzG
Ung. 50% St.-Eisab.-Anl.	—
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Finnische 10 Thlr.-Loose	37,70 bz
Türken-Loose	37,00 bzB

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

Berg.-Märk. Ser. II.	100,00 bz
do. III. v. St. 31/4	84,80 bz
do. do. VI.	90,80 G
do. Hess. Nordbahn.	103,10 bz
Berlin-Görlitz	101,25 bz
do. Lit. C.	82,50 bzB
Breslau-Freib. Lit. G.	—
do. Lit. F.	—
do. do. H.	95,60 B
do. do. J.	94,30 G
do. do. K.	94,30 G
do. von 1876.	101,75 G
Cöln-Minden III. Lit. A.	93,10 bz
do. Lit. B.	100,10 G
do. IV. V.	93,60 bz
do. V.	92,75 bzB
Halle-Sorau-Guben.	101,70 B
Hannover-Altenbekken.	96 bz
Märkisch.-Posener	109,23 G
N.M. Staatsb. I. Ser.	96,00 G
do. do. II. Ser.	94 G
do. do. ObI. I. u. II.	96,50 G
Obersches.	—
do. B.	—
do. C.	—
do. D.	92,50 bzG
do. E.	86,20 B
do. F.	—
do. G.	100,00 G
do. H.	101,40 bz
do. von 1869.	101,60 bz
do. von 1873.	92,00 B
do. von 1874.	—
do. Brieg.-Nesle.	—
do. Cosel.-Oderb.	—
do. do.	103,40 B
do. Stargard.-Posen	—
do. do. II. Em.	100,75 G
do. do. III. Em.	100,75 G
do. Ndrschl.Zwgb.	—
Oppruss. Südbahn.	—
Rechte-Oder-Ufer-B.	99,90 bzB
Schlesw. Eisenbahn.	—
Dux-Bodenbach	64,10 G
do. IL Emision.	56,25 G
Prag-Dux.	19,00 G
Gal. Carl-Lindw.-Bahn	86,30 G
do. do. neue	83,59 bzG
Kaschau-Oderberg	59,30 bzB
Ung. Nordostbahn.	56,00 G
Ung. Ostbahn.	55,70 bz
Lemberg-Czernowitz	53,70 bz
do. do. III.	52,90 bz
do. do. IV.	51,40 bzG
do. do. V.	56,80 bz
Mährische Grenzbahn	52,60 G
do. IL.	18,50 G
Kronpr. Rudolf-Bahn	65,60 G
Oester.-Französische	33,57 00 etbzG
do. do. II.	32,75 bz
do. südl. Staatsbahn	24,05 bz
do. neue	24,00 G
do. Obligationen	28,90 G
Rumän. Eisenb.-Oblig.	82,40 bz
Warschau-Wien II.	96,50 G
do. III.	93,60 bzG
do. IV.	83,25 bz
do. V.	79,60 G

	In Liquidation.
Berliner Bank	— fr. 4,00 G
Berl. Bankverein	— fr. 27 G
Berl. Wechsler-B.	— —
Centralb. f. Genos.	12,00 B
Deutsch. Unionsb.	19,75 G
G.W. Schuster & C.	— —
Moldauer Lds.-Bk.	— —
Pr. Credit-Anstalt	103,59 G
Sächs. Cred.-Bank	61,70 G
Schl. Vereinsbank	74,58 bz
Thüringer Bank	— —

	Industrie-Papiere.
Berl. Eisenb.-Bd.-A.	495 B
D. Eisenbahn-B.G.	3,60 bzG
do. Reichs-u.C.-B.	69,75 B
Märk. Sch. Masch.G.	17,50 G
Nordd. Gummidrah.	45 G
Westend. Com.-G.	0,25 G
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	84,25 bzB
Schles. Feuervers.	960 B
Donnersmarkhütt.	24,00 B
Dortm. Union	6,76 bzG
Königs. u. Laurah.	10,20 G
Marienhütte	69,70 B
OSchl. Eisenwerke	46,50 G
Cons. Redenhuette	75,00 G
Schl. Kohlenwerke	6,50 G
Schl.Zinkh.-Actien	74,00 G
do. St.-Pr.-Act.	88,60 etbzB
Tarnowitz. Bergb.	41,00 B
Vorwärtschütte.	— —
Baltischer Lloyd	5 G
Bresl. Bierbrauer.	53,00 etbzB
Erdm. Spinnerei.	50,75 G
Görlitz. Eisenb.-B.	64,00 G
Hoffm.'s Wag.Fab.	16,50 G
O-Schl. Eisenb.-B.	28,00 bzG
Schl. Leinenind.	67,50 G
Wilhelms. MA.	22,25 G

	Bank-Discont 5 pCt.
Lombard-Zinsfuss 6 pCt.	

Köln, 29. Nov. Die englische Post vom 28. November früh (plausibel) in Verviers um 8 Uhr 21 Minuten Abends), ist ausgeblieben. Grund:

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 29. Nov., Nachm. [Effecten-Societät.] Wiener Wechsel — Böhmis. Westbahn 137 1/2. Elisabethbahn 137 1/2. Galizier 217 1/2. Lombarden — Nordwestbahn 94 1/2. Silberrente 53 1/2. Papierrente 52 1/2. Goldrente 61 1/2. Ungar. Goldrente 71 1/2. Amerikaner de 85 — 1860er Loos 106 1/2. 1864er Loos — Creditaction 195. Oester. Nationalbank 681, — Darmst. Bank 115 1/2. Meining. Bank — Hess. Ludwigsb. — Ungar. Staatsloose 153, — do. Schatzanw. alte — do. vo. neue — Reichsbank — 1877er Raten